



BESCHLUSS Nr. 3

Es wird folgende Resolution zum Thema Kirchenasyl und Flüchtlingspolitik veröffentlicht und v.a. an die Bundesregierung gerichtet.

Der dem Antrag beiliegende Resolutionstext soll als Diskussionsgrundlage dienen.

Begründung und Klärung erfolgt mündlich. Quellen:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-der-fluechtlingskatastrophe-im-mittelmeer-vier-vorschlaege-gegen-das-massensterben-1.2443150> → Finanzierung von Triton/ Mare Nostrum  
<http://www.iom.int/news/iom-applauds-italys-life-saving-mare-nostrum-operation-not-migrant-pull-factor> → Anzahl durch Mare Nostrum Geretteter  
<http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/ein-wenig-licht-und-jede-menge-schatten.html>  
→ Gesetz zum Bleiberecht

Letzter Zugriff am 16.09.2015

## **Brief: Erhalt des Kirchenasyls in seiner jetzigen Form**

Sehr geehrte Damen und Herren,

bekanntlich konnte abgewendet werden, dass Flüchtlinge im Kirchenasyl als „untergetaucht“ deklariert werden. Das ist wichtig und erfreulich, sicherlich auch guter Arbeit der Kirchenvertreter\*innen zuzuschreiben. Dieser Kompromiss, dass Härtefälle von Kirchenvertreter\*innen an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemeldet werden, soll demnächst evaluiert werden. Wir bezweifeln allerdings, dass die Zahl der Kirchenasyle in der Zwischenzeit gesunken sein wird, wie vom BAMF gewollt.

Für die anstehenden Gespräche mit den zuständigen Behörden möchten wir Ihnen unsere Rückendeckung aussprechen. In der Bibel steht: man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen (Apg 5,29). Vertrauen wir also auf Gott! Wir gehen davon aus, dass Sie sich jeglicher Einschränkung des Kirchenasyls widersetzen werden. Insbesondere wünschen wir, dass die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Gemeinden gewahrt bleibt. Kirchenasyl soll gerade in Fällen helfen, wo der Staat unzumutbare Härten nicht berücksichtigt.

Zum Kirchenasyl und den zugehörigen politischen Strukturen haben wir eine Resolution verabschiedet, die wir diesem Schreiben beigelegt haben. Wir bitten Sie, die Forderungen der evangelischen Studierendenschaft nach Kräften zu unterstützen. Wir wären auch daran interessiert, im gesamtkirchlichen Kontext zu diesen Themen mitzuwirken. Bereits jetzt engagieren sich Studierendengemeinden, indem sie u.a. Kirchenasyl gewähren.

Wir wünschen Ihnen Gottes Segen

## Resolution: Kirchenasyl und Flüchtlingspolitik

„Einen Fremden sollst du nicht unterdrücken. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.“ Ex 23,9

„Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich war ein Fremder, und ihr habt mich als Gast aufgenommen. [...] Amen, das sage ich euch: Was ihr für einen meiner Brüder oder eine meiner Schwestern getan habt – und wenn sie noch so unbedeutend sind –, das habt ihr für mich getan.“ Mt 25,35+40

Man kann die Geschichte Israels im Alten Testament auch als eine Geschichte der Migration und Flucht bezeichnen. Das Engagement für Flüchtlinge und Fremde ist ein Motiv, das sich durch das Alte Testament und die gesamte Kirchengeschichte zieht. Als Christ\*innen fordert uns Jesus in besonderem Maße zur Aufnahme von Verfolgten und Bedürftigen auf. Das Kirchenasyl ist eine Form, in der wir diesem Gebot nachkommen können, wenn andere Mittel ausgeschöpft sind, um Rechte und Würde von Flüchtlingen zu schützen. Es erreicht im Regelfall einen positiven Ausgang des Falles. Darüber hinaus ist das Kirchenasyl selbst ein Ort der umfangreichen Integration: sozial, sprachlich und kulturell.

1. Vor diesem Hintergrund halten wir es für unangemessen, Flüchtlinge im Kirchenasyl zur Fahndung auszuschreiben, zumal die Kooperation mit den Behörden von vornherein gesucht wird. Wir fordern die Verantwortlichen der betroffenen Bundesländer auf, diese Praxis einzustellen.

2. Nach einem Kirchenasyl sind Flüchtlinge vor Ort oft in außergewöhnlich hohem Maße integriert. Daher wäre es wünschenswert und auch im Interesse der Gesellschaft, wenn die Betroffenen nach einem Kirchenasyl nicht mehr durch behördliche Anordnung dazu gezwungen werden, die Wohngegend zu wechseln. Erfolgreiches Engagement und Integration werden sonst zunichte gemacht.

3. Der Versuch, Flüchtlinge im Kirchenasyl als „untergetaucht“ einstufen zu lassen, wurde aufgrund großen politischen Gegenwindes ausgesetzt. Stattdessen wurde eine Kooperation mit den Kirchen zur direkten Meldung von Härtefällen eingegangen. In Kürze werden Behörden und Kirchen diese Zusammenarbeit evaluieren. Versuche des Innenministeriums bzw. des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, diese Evaluation zu nutzen, um das Kirchenasyl zu beschneiden, finden wir inakzeptabel.

4. Kirchenasyle sind nötig, wo es zu untragbaren Härten kommt. Eine der tiefer liegenden Ursachen ist, dass nach der Dublin III–Verordnung Flüchtlinge in das zuerst betretene EU-Land abgeschoben werden. Das Asylsystem in vielen betroffenen Staaten, wie Malta, Griechenland und Italien, ist längst zusammengebrochen. Infolge von Abschiebungen nach der Dublin-Verordnung kommt es aus diesem und anderen Gründen z.B. zu Obdachlosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Kettenabschiebungen in Krisenregionen wie beispielsweise Somalia. Das Dublin-System ist gescheitert. Das europäische Asylsystem führt zu humanitären Katastrophen. Hier muss es eine EU-weite, solidarische Lösung geben, welche die Würde und Selbstbestimmung der Flüchtlinge achtet. So würde ein Teil der Härtefälle gar nicht erst entstehen.

5. Generell halten wir es für falsch, sich nach außen abzuschotten. Zäune an den Außengrenzen oder Grenzkontrollen innerhalb der EU sind ebenfalls nicht akzeptabel. Legale und sichere Möglichkeiten zur Flucht nach Europa und nach Deutschland sind notwendig. Kirchenasyl kann nicht verhindern, dass Menschen bereits an Europas Grenzen sterben.

6. Es muss wieder eine umfassende Seenotrettungsmission im Sinne von „Mare Nostrum“ geben. Diese Mission der praktischen Nächstenliebe konnte 150.000 Menschen das Leben retten. Seenotrettung kann nicht auf die Küstenregionen Europas begrenzt sein. „Triton“ ist zudem primär dem Grenzschutz, nicht der Seenotrettung, verpflichtet. Zudem wird von den EU-Staaten derzeit monatlich weniger Geld bereitgestellt, als Italien allein für „Mare nostrum“ investierte.

7. Erfreulicherweise gibt es europäische Mindeststandards im Umgang mit Flüchtlingen. Diese werden oft nicht durchgesetzt. Ungarn sperrt beispielsweise Flüchtlinge systematisch in Internierungslagern ein. Integrationsmöglichkeiten oder ärztliche Behandlung gibt es nicht, stattdessen eine Fülle rassistisch motivierter Gewalt, auch durch die Polizei. Die Wertegemeinschaft EU muss dieses Problem entschlossen angehen. Die deutsche Bundesregierung soll ihren Einfluss im Sinne der Flüchtlinge geltend machen.

8. Neben der Rolle der Bundesregierung in der EU ist auch die Situation innerhalb Deutschlands vielfach zu kritisieren. So wurden im jüngsten Gesetz zum Bleiberecht absurde Gründe zur Inhaftierung wegen angeblicher Fluchtgefahr eingeführt. Wer zu seiner Einreise eine höhere Summe an Fluchthelfer gezahlt hat, sei stärker motiviert, sich einer Abschiebung zu entziehen. Dies rechtfertige die Abschiebehaft. Das gleiche gilt für alle Flüchtlinge, die vor Abschluss eines Asylverfahrens ein anderes EU-Land verlassen haben, also für alle Dublin-Fälle.

Auch die neuen Regelungen zum Ausreisegewahrsam und zu Aufenthalts- und Einreiseverboten sollten zurückgenommen werden. Sie zielen ebenfalls auf eine Kriminalisierung von Asylsuchenden. Den jüngsten Gesetzesentwurf des Innenministeriums lehnen wir ab. Abschiebungen ohne Ankündigung sind inakzeptabel und machen Kirchenasyl unmöglich. Warum Abschiebungen nur noch 3 statt 6 Monate ausgesetzt werden können sollen, ist nicht einsichtig. Zudem sollen die Grenzbehörden darüber entscheiden können, ob Deutschland für einen Asylantrag zuständig ist. Das könnte dazu führen, dass Asylanträge willkürlich behandelt werden. Wir fordern Bund und Länder auf, diesen Entwurf zu stoppen.

Wir bitten um mehr Lebensnähe und den Geist der Nächstenliebe.

9. Wir tragen durch den Export von deutschen Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Regime, durch den mit zu verantwortenden Klimawandel und durch eine Wirtschaftspolitik, die lokale Strukturen zerstört, einiges dazu bei, dass Menschen fliehen müssen. Hier müssen wir als Zivilgesellschaft und die Regierungsverantwortlichen als unsere Vertreter\*innen entschlossen umdenken.

Gezeichnet